

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2019

Lisa Pientak, Vorsitzende der PETO-Fraktion, 19.12.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

zunächst danke ich allen städtischen Beschäftigten für die Erstellung des diesjährigen Haushaltsplanentwurfs. Mein Dank sowie der Dank der PETO-Fraktion gelten insbesondere der Kämmerin Frau Noll, ihrem Stellvertreter Herrn Krämer sowie allen Beteiligten, die die politischen Beratungen unterstützt haben.

Ich nehme keine Überraschung vorweg, wenn ich ankündige, dass wir, die Mitglieder der PETO-Fraktion, dem Haushaltsplan und dem Stellenplan für 2019 zustimmen werden.

Mit Spannung erwarten wir dagegen die Voten der anderen Fraktionen. Ob Sie dem Haushalt zustimmen wollen oder nicht, sehr geehrte Damen und Herren, darüber konnten wir bisher nur spekulieren, denn während den Beratungen in den Ausschüssen haben wir von Ihnen zu den Inhalten des Haushalts wenig gehört. Bis auf einige Anfragen zur Statistik und den Kennzahlen hat es zu den eigentlichen Haushaltsansätzen überhaupt keine Diskussionen gegeben. Dafür war die Liste der Anträge, die Sie gestellt haben, umso länger. Allerdings korrelierte die Quantität Ihrer Anträge in weiten Teilen leider nicht mit deren Qualität.

Kommunaler Ordnungsdienst

Im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung beantragte die CDU-Fraktion fünf zusätzliche Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst. Ihr Sprecher verwechselte in seiner Begründung des Antrags versehentlich die Anzahl der aktuellen Personalstellen mit der Anzahl der zusätzlich geforderten, was dazu führte, dass in der Diskussion zunächst unklar war, ob Sie fünf oder sieben zusätzliche Vollzeitstellen einrichten wollten. In Ihrem Wahlprogramm, mit dem Sie 2014 angetreten sind, hörte sich das noch anders an. Ich zitiere von Seite 10 des Dokuments, das man auch heute noch auf der Internetseite der CDU findet, Zitat: „Wir werden weiter unserem Prinzip folgen, das Geld nicht mit vollen Händen auszugeben. [...] Dafür sind eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik [...] nötig. Zum Beispiel brauchen wir eine vorausschauende, sparsame Stellenbewirtschaftung in der Verwaltung, damit die Kosten trotz stetig steigender Tarife in einem verträglichen Rahmen bleiben.“ (Zitatende)

Inwiefern eine Ausweitung von derzeit sieben auf zukünftig zwölf Vollzeitstellen, also ein Plus von rund 70 Prozent einer „vorausschauenden, sparsamen Stellenbewirtschaftung“ entspricht, bleibt Ihr Geheimnis. Und ob es das Sicherheitsgefühl der Monheimerinnen und Monheimer verbessert hätte, wenn die Parkscheiben auf der Krischerstraße zukünftig zwei

Mal täglich statt bisher einmal kontrolliert worden wären, die Anleinplicht für Hunde am Rhein 70 Prozent häufiger überwacht und auch die Einhaltung des Jugendschutzes in Kneipen und Spielhallen doppelt so häufig überprüft worden wäre, bezweifle ich. Es war deshalb nur folgerichtig, dass die PETO-Fraktion Ihren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss wieder aus der Änderungsliste streichen musste.

Gesamtschuldiskussion

Ähnlich erging es uns mit Ihrem Antrag, ein neues Gesamtschulzentrum in Baumberg aufzubauen. Dieser Einfall scheint Ihnen recht spontan gekommen zu sein, denn einer kritischen Prüfung hielt er in keiner Weise stand. Abseits des Problems,

- dass es in Baumberg gar nicht genug Schülerinnen und Schüler für eine eigene Gesamtschule gibt;
- sie also entweder den Baumberger Kindern, die bisher das Gymnasium besucht haben, diesen Weg verwehren müssten,
- stattdessen vielleicht eher eine kleinere Sekundarschule für Baumberg hätten fordern sollen
- oder aber Monheimer Gesamtschüler nach Baumberg umleiten müssten, wobei Sie dann aber die Schülerinnen und Schüler aus Hitdorf verlieren würden
- abseits all dieser Probleme sind Sie uns auch die Information schuldig geblieben, dass der grundlegende Neubau einer fünfzügigen Gesamtschule mit Oberstufe, Mensa, Sporthalle und Versammlungsstätte um die 90 Mio. Euro kostet.

Wie hieß es noch gleich in Ihrem Wahlprogramm? „Wir werden weiter unserem Prinzip folgen, das Geld nicht mit vollen Händen auszugeben.“

Die SPD setzte noch einen drauf, indem sie im zuständigen Schul- und Sportausschuss den Antrag stellte, das Otto-Hahn-Gymnasium aufzulösen und zukünftig nur noch Gesamtschulen als weiterführende Schulform anzubieten. Mir persönlich ist bis heute nicht klar, ob dieser Antrag ernst gemeint war oder nicht. Wenn er es war, dann ist er ein Schlag ins Gesicht für die Arbeit, die das OHG leistet. Mit Bestnoten in den Evaluationen des Landes und regelmäßig höheren Abi-Noten als im Landesdurchschnitt bringt das OHG dank seiner jahrgangsübergreifenden individuellen Förderprogramme deutlich mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund zum Abitur als jede andere Schule in Monheim am Rhein. Das Gymnasium erfreut sich auch regional großer Beliebtheit und zieht Schülerinnen und Schüler aus Leverkusen, Langenfeld und Düsseldorf an.

Sollte der SPD-Antrag auf Auflösung des OHGs nicht ernst gemeint gewesen sein, wäre er mindestens respektlos gegenüber dem Ausschuss. Er wäre aber auch peinlich für das Bild, das wir als Kommunalpolitiker gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern abgeben. Wir

sind nicht in unsere Ämter gewählt worden, um hier Parodie und Satire zu betreiben, sondern um das Wohl der Stadt im Blick zu halten.

Statt also Baumberger Schülerinnen und Schülern mit ihren Eltern Sand in die Augen zu streuen oder unnötig mit den Gefühlen von 1.400 Schülerinnen und Schülern zu spielen, steht die PETO-Fraktion für eine Schulpolitik, die den Elternwillen und das Wahlverhalten von Schülerinnen und Schülern respektiert, optimale Lern- und Unterrichtsbedingungen schafft und gute Bildung als kommunale Standortfrage begreift.

Im Haushaltsplan sind deshalb 49,7 Mio. Euro für Investitionen in Neu-, Um- und Anbauten der Schulen vorgesehen. Davon entfallen 26,7 Mio. Euro auf die Peter-Ustinov-Gesamtschule, 13,0 Mio. Euro auf die Armin-Maiwald-Schule und 9,0 Mio. Euro auf das Schulzentrum Lottenstraße. Wir investieren darüber hinaus in Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, geeignete pädagogische Konzepte zur Digitalisierung des Unterrichts, sinnvolle Angebote des Offenen Ganztags und insgesamt eine optimale Ausstattung der Schulen.

Die Gründung einer zweiten Gesamtschule anstelle der Sekundarschule trägt den gestiegenen Schülerzahlen Rechnung und wird die Qualität der Monheimer Schullandschaft weiter verbessern. Den Lehrerinnen und Lehrern, die in ihrer Freizeit am pädagogischen Konzept der neuen Gesamtschule gearbeitet haben, gilt mein ausdrücklicher Dank. Und natürlich wird die neue Gesamtschule am Berliner Ring ansässig sein, wo wir für 14 Mio. Euro einen Neubau realisiert haben, der voraussichtlich in den Osterferien fertiggestellt wird und bereits nach den Sommerferien für die dann kommenden Fünftklässler zur Verfügung steht.

Sozialer Wohnungsbau

Zum Antrag der CDU-Fraktion, einen ganz neuen Schulkomplex für 90 Mio. Euro zu bauen, passte der Antrag der SPD-Fraktion, für 100 Mio. Euro eben mal alle Wohnungen der LEG aufzukaufen, die bislang noch nicht saniert wurden. Das Ziel sollte sein, die Mieten konstant zu halten, indem die Wohnungen im unsanierten Zustand erhalten blieben.

- Dass solch ein Versprechen unseriös ist, wenn man nicht einmal den voraussichtlichen Kaufpreis kennt, der ja ganz maßgeblich über die Höhe der Miete entscheidet,
- dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Berliner Viertels durchaus ein Interesse daran haben, dass ihr Wohnumfeld sich verbessert, was ohne Sanierungen nicht möglich ist,
- und dass die Sanierungsmaßnahmen sich in einer deutlichen Reduzierung der Heizkosten niederschlagen werden,

das alles ist in Ihrem Antrag leider unberücksichtigt geblieben. Wahrscheinlich war eine solche Betrachtung dann am Ende zu kompliziert. Für den schönen Zeitungsartikel, dass die SPD sich für ausreichend Wohnraum für Geringverdiener einsetzt, hat es ja auch so gereicht.

Wer indes wirklich etwas für Geringverdiener tun will, der muss dafür sorgen, dass die Anzahl der Wohnungen mit Sozialbindung wieder steigt. Fakt ist zunächst einmal, dass das Wohnen in Monheim am Rhein immer noch vergleichsweise günstig ist. In Langenfeld zum Beispiel sind Mietwohnungen im Durchschnitt 22 Prozent teurer als in Monheim am Rhein. In Köln und Düsseldorf muss man für eine Mietwohnung im Schnitt sogar anderthalb Mal so viel ausgeben wie hier. Nachzulesen ist das in den einzelnen Mietspiegeln der Städte. Fakt ist aber auch, dass die Nachfrage nach Wohnraum auch bei uns vor Ort höher ist als das Angebot. Die Mieten werden deshalb in den nächsten Jahren unweigerlich steigen.

In unserem Wahlprogramm 2014 haben wir – übrigens als einzige Partei, die zur Stadtratswahl angetreten ist, – deshalb angekündigt, eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Der Bürgermeister hat diese Planung in 2015 mit Fördermitteln des Bundesfinanzministeriums so weit vorangetrieben, dass der Stadtrat 2016 einstimmig der Gründung der Monheimer Wohnen zugestimmt hat. Derzeit läuft das Vergabeverfahren für die Bauleistung. Nach dem bereits erfolgten Abriss der alten Geschwister-Scholl-Schule in Baumberg und der Anton-Schwarz-Schule in Monheim können auf beiden Grundstücken zusammen fast 450 Wohnungen entstehen. 30 Prozent davon werden nach den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus preisgebunden sein. Und auch die übrigen Wohnungen sollen bezahlbar und vor allem barrierefrei sein. Ein weiterer sozialer Aspekt ist die Größe der Wohnungen. Geplant sind zum einen kleine 1- bis 2-Zimmer-Apartments, zum anderen große 4- und 5-Zimmer-Wohnungen. An beiden Wohnungsgrößen fehlt es im Stadtgebiet. Und wir tun vielen Familien, aber auch vielen Singlehaushalten – besonders denen mit wenig Geld – einen großen Gefallen, die schlechte Verfügbarkeit genau solcher Wohnungen zu lindern.

Neben der Arbeit der städtischen GmbH, verpflichten wir private Investoren, bei größeren Bauprojekten ebenfalls 30 Prozent geförderte Wohneinheiten zu errichten. Diese Verpflichtung gilt beispielsweise in Baumberg-Ost für die Investoren Dornieden und Paeschke. Darüber hinaus gibt es eine Besonderheit, die bisher in Monheim am Rhein einmalig ist: Im neuen Israel-Viertel sind sozial geförderte Einfamilienhäuser entstanden, die von Familien mit Wohnungsberechtigungsscheinen gemietet werden können.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht sozialer Wohnungsbau, wenn man ihn rechtzeitig in die Hand nimmt.

Kulturraffinerie K714

Ich werde mich jetzt nicht an allen Anträgen der CDU und der SPD abarbeiten. Dafür wäre uns allen hier wahrscheinlich die Zeit zu schade. Die drei genannten Themenbereiche zeigen jedoch, dass Sie zwar viele Anträge gestellt haben, sich mit deren Inhalten aber nicht besonders viel Mühe gegeben haben. Ob Sie dem Haushalt, der ja eigentlich zur Beratung stand, am Ende zustimmen oder nicht, darauf sind wir seitens der PETO-Fraktion immer noch sehr gespannt.

Vielleicht bleiben unser Streit um die fünf zusätzlichen Stellen im Ordnungsdienst und Ihre weiteren Anträge am Ende auch nur eine kleine Randnotiz, weil Sie an den eingebrachten Haushaltsansätze mit ihren vielen Projekten und Maßnahmen eigentlich nichts auszusetzen haben. Vielleicht werden Sie aber auch den Spieß umdrehen und am Ende uns, der PETO-Fraktion, Maßlosigkeit vorwerfen, wie Sie es indirekt ja schon in Ihrem Wahlprogramm von 2014 getan haben. Stichwort: „das Geld mit vollen Händen ausgeben“.

Zugegeben, 39,6 Mio. Euro für die Kulturraffinerie sind kein Pappenstiel. Hinzu kommen die Investitionen in die Inneneinrichtung des Gebäudes, in die Verkehrsinfrastruktur auf der Daimlerstraße und am Kielsgraben, in mehrspurige Kreuzungen und auch in das Parkhaus, das noch ein gutes Stück höher sein wird als der Monberg. Wenn man alle Maßnahmen, die direkt oder indirekt mit der Kulturraffinerie verbunden sind, zusammenrechnet, kommt man auf Investitionen von rund 73 Mio. Euro. Auch hier erlaube ich mir jedoch aus dem Wahlprogramm der CDU von 2014 zu zitieren. Dort heißt es auf Seite 18, Zitat: „Eine echte Stadthalle [gehört fest zu unserem Programm]! Damit meinen wir keinen kommerziell geführten Fremdkörper, der unseren Bürgerinnen und Bürgern kaum zur Verfügung steht. [Anmerkung: Diese Formulierung zielte wohl auf das letztlich gescheiterte Festhallenkonzept eines türkischen Investors auf dem Schützenplatz, für dessen Umsetzung der Stadt keine Kosten entstanden wären.] Sondern [so schreibt die CDU weiter] eine zentral gelegene Einrichtung, die unseren Vereinen, Kultur, Brauchtum und der gesamten Monheimer und Baumberger Bevölkerung zur ‚guten Stube‘ wird.“ (Zitatende)

Eine „gute Stube“, das versichere ich Ihnen, wird man für 39,6 Mio. Euro wohl bauen können. „Zentral gelegen“ für beide Ortsteile ist die alte Shell-Halle auch. Warum sollten Sie also heute ablehnen, was Sie selbst vor vier Jahren gefordert haben? Ihr Bürgermeister hat sich zehn Jahre lang die Zähne daran ausgebissen, das von Ihnen gewünschte Festhallenkonzept beschlussreif auszuarbeiten. Weder ist es gelungen, auf dem Gelände der Festhalle Bormacher eine kleine Lösung hinzubekommen, noch auf dem Gelände der alten Shell-Halle eine große Lösung anzubieten. Unser Bürgermeister hingegen hat das fertige Konzept nun parat.

Wir freuen uns darauf, dass ab 2023 mit der Fertigstellung der Kulturraffinerie K714 ein Saal zur Verfügung stehen wird, der mit seinen knapp 2.000 Sitzplätzen in Reihenbestuhlung und 1.000 Plätzen in der so genannten Galabestuhlung

- nicht nur den Karnevalssitzungen der Gromoka eine angemessene Heimat gibt, sodass diese nicht länger im zugigen und auch schmucklosen Zelt stattfinden müssen,
- sondern dass dieser Saal auch für die Abifeierlichkeiten der Schulen, die derzeit außerorts stattfinden,
- für Kabarettisten und Comedians, die Monheim meiden, weil die Aula zu klein ist, und
- für eine echte Weiterentwicklung des städtischen Kulturprogramms zur Verfügung stehen wird.

Mit dem neu gewonnenen Geschäftsführer der in diesem Jahr gegründeten Monheimer Kulturwerke steht uns ein ausgewiesener Experte zur Seite, der diese Weiterentwicklung professionell vorantreiben wird.

Wie hieß es noch 2014? „Eine echte Stadthalle [gehört fest zu unserem Programm]!“

Mona Mare

Den kurzfristigen Sinneswandel einer unentschlossenen CDU haben wir dann auch in Bezug auf die Sanierung des Mona Mare erlebt – wohlgermerkt eine Investition, die Sie vor zwei Monaten selbst beantragt haben, jetzt aber plötzlich doch nicht mehr so vorbehaltlos unterstützen, weil das Ganze teurer wird, als Sie dachten.

Die Berechnungen des eingeschalteten Projektsteuerungsbüros haben ergeben, dass es bereits mit 18,8 Mio. Euro zu Buch schlagen würde, lediglich die vorhandene Technik zu erneuern und das Bad auf die aktuellen Energiestandards aufzurüsten. Hierfür wäre eine Schließung des Badebereichs von mindestens anderthalb Jahren erforderlich, ohne dass die Badegäste von der Sanierung anschließend etwas bemerken würden.

Das nun vorliegende Konzept dagegen bietet nicht nur eine Lösung, wie der Badebetrieb auch während des Umbaus weiterlaufen kann, es bietet auch die Chance zu einer echten Aufwertung des Schwimmbads: Ein Wellenbecken, eine zweite Rutsche, großzügigere Umkleidebereiche, ein größeres Restaurant und mehr Platz im Foyer werden dafür sorgen, dass das Mona Mare, das sich schon seit 1997 mit dem Slogan „das Familienbadeland“ schmückt, dieser Bezeichnung wieder gerecht werden wird.

In Benrath baut die Stadt Düsseldorf mit ihrer Bädergesellschaft gerade ein neues Hallenbad, das man mit seinen vier 25-Meter-Bahnen wohl eher als kleines Stadtteilbad bezeichnen muss. Das Investitionsvolumen liegt dennoch bei 23 Mio. Euro. Die Stadt Bonn plant für den Neubau eines Schwimmbads in Dottendorf rund 60 Mio. Euro ein.

Es scheint, als wenn wir mit unserem Investitionsbedarf von vorrausichtlich 29 Mio. Euro in einem gesunden Mittelfeld lägen. Schwimmbäder kosten dieses Geld. Eine Badsanierung zu beantragen, wie es die CDU gemacht hat, und sich dann über die Kosten zu wundern, erscheint in diesem Zusammenhang doch eher blauäugig.

Wir halten die vorliegende Machbarkeitsstudie jedenfalls für eine ausgezeichnete Grundlage, um in die weitere Planung einzusteigen Und wir freuen uns auf die anstehende Diskussion mit Planern und Architekten.

Rathauscenter

Gleiches gilt für das Rathauscenter. Hier gilt es, die baulichen Fehler, die den Einzelhandel in der Innenstadt schon seit Jahren belastet haben, von Grund auf zu beseitigen.

Wir wollen mit der Revitalisierung des Centers mehr Aufenthaltsqualität auf der Heinstraße erreichen. Der sprichwörtliche Durchbruch zwischen dem Busbahnhof und dem Eierplatz wird dafür sorgen, dass die derzeitige Hinterhofsituation des Eierplatzes sich auflöst. Wir wollen die Fassaden des Rathauscenters besser gestalten und die innenliegenden verwinkelten und unübersichtlichen Flure beseitigen, sodass sich das Rathauscenter mit seinen Läden zukünftig nach außen öffnet und nicht wie derzeit nach innen verschließt.

Die Neuaufstellung der Flächen im Inneren wird dafür sorgen, dass wieder ein attraktives und zeitgemäßes Einzelhandelsangebot im Rathauscenter Platz findet. Die kleinteilige und verwinkelte Struktur, unter der die gesamte Innenstadt derzeit leidet, ist für modernen Einzelhandel ungeeignet. Mit den Zuschüssen der Stadt an das Rathauscenter in Höhe von 35 Mio. Euro wird es gelingen, diese problematische Struktur zu überwinden. Für den Einzelhandel in der Innenstadt ist das eine genauso wichtige Entscheidung, wie der Beschluss zum Bau des Rathauscenters vor mittlerweile mehr als 30 Jahren.

Im Paket enthalten ist übrigens auch die Verlegung der Tiefgaragenzufahrt, die sich so viele Monheimerinnen und Monheimer bereits seit Jahren wünschen. Mit den ehemaligen Eigentümern war diese Verlegung leider nie zu realisieren. Wir setzen sie um. Und wir freuen uns auf die Neueröffnung des Centers in voraussichtlich drei Jahren.

Sonstige Investitionen

Neben den großen Themen Rathauscenter, Mona Mare und Kulturraffinerie gibt es weitere gute Gründe, dem Haushalt zuzustimmen. Ich möchte nur im Schnelldurchlauf, die wichtigsten Investitionsprojekte nennen, die im Haushaltsplan enthalten sind:

- Das sind zunächst einmal 33,5 Mio. Euro für den Straßen- und Kanalbau. Davon entfallen 15 Mio. Euro auf die Opladener Straße, 3,7 Mio. Euro auf den

Übergangsbereich zwischen dem Berliner Viertel und der Innenstadt sowie 1,7 Mio. Euro abzgl. der erwarteten Fördermittel auf den neuen Radschnellweg.

- 10,4 Mio. Euro sind für das Haus der Hilfsorganisationen geplant, das wir als PETO-Fraktion durch unseren Antrag im Juni 2016 auf den Weg gebracht haben.
- 6,5 Mio. Euro sind als Restmittel für die Fertigstellung der neuen Feuerwache geplant.
- 6,2 Mio. Euro entfallen im IT-Service auf den autonomen Bus, das Fahrradverleihsystem, den Monheim-Pass, die Leitstelle der Feuerwehr sowie die Bereiche „Smart Lighting“ und „Smart Parking“.
- Wir etatisieren 6,2 Mio. Euro Baukosten für das Sojus 7. Die Planungskosten waren bereits 2018 veranschlagt.
- Im kommenden Jahr wird die Stadt 2,5 Mio. Euro für den Bau von Kitas ausgeben,
- 2,0 Mio. Euro für den neuen Naturrasenplatz im Rheinstadion,
- 1,2 Mio. Euro für die Kunst im öffentlichen Raum und schließlich auch noch
- 1,0 Mio. Euro für eine denkmalgerechte Sanierung des Schelmenturms.

Status Quo der Rücklage

Dass die Stadt Monheim am Rhein sich diese Investitionen leisten kann, erkennen Sie an den Rechnungsergebnissen der letzten Jahre. Seit dem Einstieg in unsere Steuerpolitik vor sieben Jahren hat die Stadt Haushaltsüberschüsse in Höhe von fast 500 Mio. Euro erwirtschaftet. Das Bilanzvermögen der Stadt hat sich dadurch in den letzten beiden Wahlperioden von früher 100 auf nunmehr knapp über 600 Mio. Euro versechsfacht. Zum Ende dieses Jahres überschreitet wir mit der Ausgleichsrücklage erstmals die Schwelle von 200 Mio. Euro, eine Ausgleichsrücklage, die 2009, als wir von Seiten der PETO Verantwortung übernommen haben, komplett aufgezehrt war.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen haben wir es gar nicht nötig, uns von welcher politischen Kraft auch immer einreden zu lassen, die Stadt würde über ihre Verhältnisse leben. Seit 2011 hat die Stadt zu jedem Zeitpunkt mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Allein die Tatsache, dass der Haushalt für 2019 trotz der enorm hohen Umlagepflichten in die Kreisumlage und des zu erwartenden Rückgangs bei der Gewerbesteuer mit einem Plus von 5,5 Mio. Euro abschließt, ist eine Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Deshalb ist es auch unerheblich, dass die Liquiditätsreserve in den nächsten Jahren wieder etwas sinken wird. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die wir die wichtigsten Investitionsprojekte umgesetzt haben, wird man die Liquiditätsreserve wieder anfüllen können.

Eins allerdings will ich einräumen: Die Projekte, die durch den Haushalt 2019 umgesetzt werden sollen, sind umfangreich. Und mit der Verabschiedung des Haushaltsplans geht die Arbeit erst los.

Deshalb möchte ich im Namen der PETO-Fraktion allen Beschäftigten der Stadtverwaltung für ihre Loyalität zur Stadt Monheim am Rhein und ihre Motivation, die gemeinsamen Ziele umzusetzen, danken. Wir wissen Ihr Engagement zu schätzen und wir werden durch unsere Beschlüsse weiter dafür sorgen, dass die gesteckten Ziele erfolgreich umgesetzt werden können. Vielen Dank für Ihre bisherige Arbeit und auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit im Jahr 2019!